

Rede auf der Bürgermeisterkonferenz des kommunalpolitischen Forums und der Rosa-Luxemburg-Stiftung

Anrede,
die vom „kommunalpolitischen forum- Mecklenburg-Vorpommern“ und der „Rosa-Luxemburg-Stiftung“ heute veranstaltete Landesberatung der Bürgermeisterinnen und Bürgermeister findet unter denkbar schlechten Rahmenbedingungen statt.

Damit meine ich nicht den gewählten und uns vertrauten Veranstaltungsort.

Ich meine die Hiobsbotschaften der letzten Tage.

Und es ist leider so, dass im langsam zu Ende gehenden Jahr kaum eine Woche verging, wo uns nicht Botschaften erreichten, die wenig Anlass für Optimismus mit sich brachten.

Wer dann, wie wir heute, über kommunalpolitische Ziele und Aufgaben in Vorbereitung der Kommunalwahlen- und bitte nicht zu vergessen – der Europawahlen- nachdenkt,

der muss die vorhandenen Rahmenbedingungen zur Kenntnis nehmen um bei der Zielbestimmung keinen Illusionen aufzusitzen.

Die neuerlichen prognostizierten Steuerausfälle von weiteren 95 Mio € in diesem Jahr, von 210 Mio € in 2004 und von 280 Mio € in 2005 setzen dem landespolitischen Handeln klare Grenzen.

Hinzu kommen die anhaltende Massen- und Langzeitarbeitslosigkeit, die durch die so genannten Reformen der Arbeitsmarktpolitik der Bundesregierung weiter verschärft werden.

Hinzu kommt die permanente und seit langem andauernde Krise aller öffentlichen Haushalte.

Hinzu kommt die Krise der Sozial- und Rentensysteme.

Hinzu kommt der anhaltende Bevölkerungsrückgang.

Hinzu kommt das zunehmende Desinteresse der Bürgerinnen und Bürger an politischen Entscheidungen. Dokumentiert durch Wahlverweigerung.

In einer solchen Situation stellen mir PDS-Kommunalpolitiker die Frage:

Landesvorsitzender, erkläre Du mir, warum ich 2004 wieder für den Kreistag, die Stadt- oder Gemeindevertretung kandidieren soll!

Meine erste Antwort darauf ist immer:

Auch ich kandidiere im nächsten Jahr wieder für den Kreistag.

Ich habe nämlich keine Lust, der schwarzen, absoluten Mehrheit in meinem Kreis, den Kreistag kampflos zu überlassen.

Diese Antwort bringt mir manchmal Anerkennung ein,

überzeugend und vor allem motivierend ist sie selten.

Motivation kann und muss doch aber unser eigenes Tun in den vielen Jahren Kommunalpolitik sein.

PDS-Kommunalpolitik war und ist immer Kampf gegen Demokratie- und Sozialabbau.

PDS- Kommunalpolitik war und ist immer Politik mit den Bürgerinnen und Bürgern statt nur für Bürgerinnen und Bürger.

PDS-Kommunalpolitik war und ist immer Garant für Transparenz und Öffentlichkeit kommunaler Entscheidungen.

PDS-Kommunalpolitik war und ist immer die Erarbeitung alternativer Lösungsvorschläge.

Und:

PDS-Kommunalpolitik war und ist immer öffentlicher Protest gegen kommunalfeindliche Politik des Bundes und des Landes.

Egal, wer am Regierungstisch sitzt.

Proteste, wo sie angebracht und notwendig sind, war für PDS-Kommunalpolitik nie abhängig vom Parteibuch des jeweils zuständigen Ministers und darf es auch nie sein.

Sind das nicht auch wieder Motivationen für den nächsten Wahlkampf.

Sind nicht die Probleme, die tagtäglich auf uns einströmen Motivation weiterzumachen, sich nicht zurückzuziehen, sich einzumischen?

Ich meine Ja!

Veränderung beginnt vor Ort!

Demokratie braucht direkte Bürgerbeteiligung und nachvollziehbare Transparenz. Deshalb braucht die Kommunalpolitik die PDS.

Und deshalb brauchen wir Euch!

Anrede,
als praktizierender Kommunal – und Landespolitiker weiß ich natürlich, dass Kommunalpolitik nicht leichter wird.

Aber, dass zum Beispiel haben die Kommunalwahlen in Brandenburg gezeigt,
die PDS war, ist und bleibt ein wichtiger kommunalpolitischer Faktor.

Wenn in der Landeshauptstadt Potsdam vor der CDU mit 19,2 % und der SPD mit 22,8% de PDS mit 33,8 % die stärkste Fraktion stellt, ist das doch ein ermutigendes Zeichen.

Genauso wie das Gesamtwahlergebnis der Brandenburgischen PDS.

Das zeigt, PDS ist wählbar.

Wenn wir das sagen, streuen wir uns keinen Sand in die Augen.

Denn wir wissen auch, dass die Brandenburgische PDS in der Fläche verloren hat.

Und wir wissen auch, dass die Rahmenbedingungen nicht 1:1 auf unsere Land übertragbar sind.

So gilt es die Wahlergebnisse genau zu analysieren.

Dazu gehört vor allem, das Abschneiden von Bürgerinitiativen.

Vor dem Hintergrund der gefallenen 5%-Hürde in unserem Land eine nicht zu unterschätzende Komponente, auch im Hinblick auf die Besetzung unserer offenen Listen.

Es ist auch davon auszugehen, dass FDP und Bündnis/Grüne in unserem Land vom Wegfall der 5%-Hürde profitieren werden. Das kann für Vielfalt in manch einer Kommunalvertretung durchaus vorteilhaft sein.

Auf keinen Fall aber dürfen wir das Geschehen im rechtsextremen Parteien- und Wählerspektrum aus dem Auge verlieren. Um deren Einzug in die Kommunalparlamente zu verhindern, müssen wir vor allem Aufklärungsarbeit leisten.

Anrede,
auch in anderen Ländern finden im nächsten Jahr Wahlen statt. Europawahlen sowieso.

Aber auch Landtagswahlen in Thüringen und Sachsen, oder auch Kommunalwahlen in Thüringen.

Auf dem Thüringer Landesparteitag Ende September wurden die dortigen Kommunalpolitischen Leitlinien beschlossen.

Ein Blick in diese Beschlüsse zeigt, es gibt viele Gemeinsamkeiten.

Es werden aber auch Unterschiede deutlich:

Forderungen nach Wahlalter 16, Abschaffung der 5%-Hürde oder Einführung des Konnexitätsprinzips wie dort erhoben, sind bei uns Realität.

Ergebnis unserer Regierungsbeteiligung.

Ein Fakt, den man ruhig im Wahlkampf auch öfter mal benennen sollte.

Benennen sollte man auch, gerade angesichts der aktuellen Debatten, dass die Mindestgarantie der kommunalen Finanzausstattung 1998 auf Betreiben der PDS eingeführt, 2002 von der PDS verteidigt wurde.

Verteidigt auch im Sommer diesen Jahres, als die Finanzministerin die Mindestgarantie gänzlich abschaffen wollte.

Wir wissen wie wichtig diese Mindestgarantie ist, sonst hätten wir nicht um ihre Einführung gekämpft.

Sonst wäre nicht der Kampf um eine bessere kommunale Finanzausstattung der Schwerpunkt in den Haushaltsberatungen zum Doppelhaushalt 2004/2005.

Jetzt erst Recht.

Wir wissen aber auch, dass Kürzungen der Mindestgarantie nicht die alleinige Ursache für die Finanzmisere der Kommunen und Kreise ist.

1998 , als wir die Mindestgarantie einführten, hatte mein Landkreis Demmin noch einen ausgeglichenen Haushalt.
2002 nicht mehr. Trotz Mindestgarantie mussten wir ein Konsolidierungskonzept erarbeiten.

Die Ursachen liegen also tiefer.

Trotz aller berechtigten Kritik an den Kürzungsabsichten bei der Mindestgarantie sollten wir uns nicht auf diese einseitige Kritikschiene schieben lassen.

Notwendig ist eine grundlegende Reform der Kommunalfinanzierung durch Bund und Land.

Alles Herumdoktern an diesem System hat bis heute keine entscheidende Verbesserung für Kommunalpolitik gebracht!

Anrede,

Mehr will ich zu den Kommunal финанzen an dieser Stelle nicht ausführen. Angelika Gramkow wird dazu in der Debatte heute Nachmittag ausführlich informieren.

Auch zur Verwaltungs- und Funktionalreform will ich mich kurz fassen, da Gabi Schulz dazu ausführlicher vortragen wird.

Deshalb nur folgendes:

Wir müssen uns endlich auch vor Ort , in den Kreisen und Kommunen, Fragen der Verwaltungs- und Funktionalreform stärker zu eigen machen.

Es kommt für uns nicht darauf an, die Totenglocke für den einen oder den anderen Landkreis zu läuten.

Wir müssen Einfluss nehmen auf die künftige Entwicklung unserer Regionen.

Wir müssen Einfluss nehmen bei Fusionen von Gemeinden oder Ämtern. Wir dürfen nicht zulassen, dass das Angelegenheit von Verwaltungen oder Bürgermeistern, die sich gut leiden können, bleibt.

Wir müssen Bürgerinnen und Bürgern in diesen Prozessen Gehör verschaffen.

Wir müssen darauf achten, dass kommunale Selbstverwaltung nicht nur aus Sicht der Verwaltungen, sondern vor allem aus Sicht der Vertretungen umgestaltet wird.

Wer, wenn nicht wir Kreistagsmitglieder wissen doch, wie es war, als aus drei Kreistagen mit je rund 50 Abgeordneten ein Kreistag mit 47 oder 51 Abgeordneten wurde. Wir wissen doch, wie viel schwerer es wurde, Interessen von Bürgerinnen und Bürgern zu vertreten.

Nur hört man leider in öffentlichen Diskussionen von unseren Kreistagsfraktionen, aber auch von unseren Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern noch zu wenig.

Wir müssen das Thema besetzen, mit unseren Vorschlägen untersetzen.
Die Fraktion im Schweriner Landtag braucht dazu eure Unterstützung!

Anrede,
die Wahlergebnisse im Jahr 2004 werden mitentscheidend sein, zu zeigen, das die PDS eine Partei ist, die gebraucht wird und die akzeptiert ist.

Für uns bilden die bei der letzten Kommunalwahl erzielten Ergebnisse, insbesondere in den Stadtvertretungen bzw. Bürgerschaften und in den Kreistagen eine zu wiederholende Größe.

Weiter auszubauen ist eine angemessene Verankerung in Gemeindevertretungen und Ortsbeiräten.

Gekoppelt an den Kommunalwahlkampf ist alle Kraft des Landesverbandes dem Ziel unterzuordnen, eine dem Landesverband der PDS M-V entsprechenden Beitrag zum Wiedereinzug der PDS in das Europäische Parlament zu leisten.

Anrede,
Kommunalpolitik heute steht vor neuen Herausforderungen.

Im neuen Programm unserer Partei heißt es:
„Die PDS unterstützt die Entwicklung der Kommunen zu Bürgerkommunen, die in hoher Eigenständigkeit über ihre Angelegenheiten entscheiden können.“

Abbau der Überregulierung und konsequente Entbürokratisierung, Umbau zur Dienstleistungsverwaltung, Demokratisierung der kommunalpolitischen Entscheidungen sind dabei Bestandteile.

Wir sehen dabei auch, dass kommunales Handeln heute immer an bestimmte Grenzen stößt, die verfügbaren Mittel begrenzt sind.

Daher heißt es für uns:

- die Grenzen kommunalen Handelns und deren Ursachen aufzuzeigen,
- Alternativen zur Diskussion zu stellen
- Eigene Entscheidungen transparent darzustellen,
- Mut zur Prioritätensetzung zu haben und gemeinsam mit den Bürgern nach Lösungen zu suchen und ihnen dabei die Konsequenzen zu verdeutlichen.

Und es heißt für uns immer wieder:

Politik nicht für sondern mit den Bürgerinnen und Bürgern gestalten.

Wir werden daher einen engagierten Wahlkampf führen.

Für die Stärkung unserer Kommunen.

Für die Stärkung der PDS in unseren Kommunen.

Bürgernah- sozial gerecht.
In einem friedlichen Europa.

Das ist unsere Zielstellung.

Erreichen können wir sie nur gemeinsam.

Ich zähle auf Euch!